

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Anja Mandt
Ausschussmitglied Sven Schoolmann (fehlt entschuldigt)

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Stellv. Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Ausschussmitglied Petra Stomberg (fehlt entschuldigt)
Vertreter Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Olaf Fischer

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Detlef Stump (fehlt entschuldigt)

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Dr. Günther Schulte (fehlt entschuldigt)

Behindertenvertretung

Walther Schäfer

Seniorenvertretung

Dr. Franz Köster

Dezernent

Stadtbaurat Niksa Marušić

vom Eigenbetrieb

Betriebsleiterin Petra Burmeister
Betriebsleiter Tim Menke

Protokollführerin

Protokollführerin Andrea Müller
Protokollführerin Lavinia-Sharon Stang

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen **163/2023** Einlagekonto für das Jahr 2022
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vermietung Emsstraße 20
- 4.2 Genehmigung für WTF OpenAir Konzerte TWWP Gelände
- 4.3 Sachstand Realisierung TWWP

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Mandt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in vorliegender Form festgestellt.

Herr Tönjes nahm verspätet um 10:02 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Tönjes widersprach der Tagesordnung, da die Behandlung von Grundstücksgeschäften grundsätzlich gemäß § 64 NKomVG im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln seien.

Herr von den Berg bat um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Marušić erläuterte die Haltung der Verwaltung in Bezug auf die Vertraulichkeit bei Ankauf- bzw. Verkaufsvorgängen und verwies auf die Stellungnahme des ersten Stadtrates Herrn Schönfelder im Protokoll der Ratssitzung vom 10.05.2023.

Herr Tönjes bat um Aufnahme ins Protokoll, dass **Herr Marušić** festgestellt oder nicht festgestellt habe, dass es Geheimhaltungsinteressen der Stadt gäbe. Zudem stellte er fest, dass die Verwaltung offensichtlich in Kenntnis der Rechtslage Beschlüsse und Beratungen im nichtöffentlichen Teil fasst.

Herr von den Berg verlangte eine abschließende rechtliche Grundlagebewertung des § 64 NKomVG bis zur nächsten Sitzung um weitere Diskussionen hierzu vermeiden.

Frau Mandt ergänzte, dass es hierzu eine Stellung des ersten Stadtrates Herrn Schönfelder aus der letzten Ratssitzung gäbe und unterbrach die Sitzung zur Beibringung der rechtlichen Einschätzung des ersten Stadtrates Herrn Schönfelder.

Unterbrechung von 10:05 Uhr bis 10:10 Uhr

Frau Burmeister erläuterte, dass bei Grundstücksgeschäften die privaten Daten schützenswert seien und nicht im öffentlichen Teil behandelt werden sollten.

Frau Mandt fügte an, dass das Protokoll mit der rechtlichen Stellungnahme des ersten Stadtrates Herrn Schönfelder sich in Fertigstellung befände und er persönlich nicht zugegen sei.

Herr von den Berg bat um Ergänzung der Rechtsgrundlage zu den Ausführungen von Frau Burmeister zu Protokoll.

Herr Tönjes verwies auf die Rechtsprechung und führte aus, dass die Ausübung des Vorkaufsrechtes prinzipiell und grundsätzlich in öffentlicher Sitzung zu beraten seien. Weiterhin führte er aus, dass schützenswerte Daten, wie die wirtschaftliche Situation oder die Vertragsdetails zwischen den Vertragsparteien sicherlich in nichtöffentlicher Sitzung behandeln sollten und zitierte die Kommentierung des § 64 NKomVG wie folgt:

„Im Angesicht des hohen Stellenwerts der Öffentlichkeit, die die Transparenz kommunaler Entscheidungsfindung gewährleisten soll, reicht für den Ausschluss der Öffentlichkeit hingegen regelmäßig nicht aus, dass der Name des Käufers/Verkäufers oder Mieters/ Vermieters genannt werden muss, weil bereits“ der Erwerb oder die Anmietung eines Gemeindegrundstücks regelmäßig Rückschlüsse auf die Vermögensverhältnisse, Kreditwürdigkeit und ggf. auch die Geschäftsabsichten des Erwerbers/Mieters“ zulasse (so aber Zilkens/Elschner, DVBl. 2002 S. 163, 166; wie hier Koch in: Ipsen (Hrsg.), NKomVG, § 64 Rn. 10). Dass aus der Teilnahme einer Person am Wirtschaftsleben andere ihre diesbezüglichen Schlüsse ziehen, ist Teil der von jedem hinzunehmenden Lebensrisiken.“

Zudem verwies **Herr Tönjes** weiter auf die Kommentierung des § 64 Rn. 40 NKomVG. Es sei ein sehr enger Rahmen in dem nichtöffentlich beraten und beschlossen werden könne und dies würde regelmäßig ausgehebelt werden.

Der geänderten bzw. ergänzten Tagesordnung wurde mit **5 x Ja**-Stimmen, **2 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung** zugestimmt.

Ergänzung zum Protokoll

Die Stellungnahme des ersten Stadtrates Herrn Schönfelder wird im Protokoll der Ratssitzung vom 10.05.2023 dargestellt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem 163/2023 steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2022

Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2022

Frau Burmeister führte in das Thema ein.

Herr Schön fragte an, um welche gewerblichen Betriebe es sich handelt und wie hoch die Verluste seien. Zudem bat er um Auskunft, welchen Einfluss diese Verluste auf den Haushalt von GGS und auf den Kernhaushalt hätten.

Frau Burmeister erläuterte, dass der Verlust durch zwei gewerbliche Vermietungen entstehen würde. Der Beschluss würde die Versteuerung des Verlusts mindern. Der Kernhaushalt sei davon unabhängig.

Herr Schön bat um eine detaillierte Auskunft. Zudem bat er um ausdrückliche Bestätigung, dass durch diese Transaktion kein Schaden für den Haushalt von GGS und dem Kernhaushalt entstehen würde.

Frau Burmeister erläuterte, dass vom Finanzamt mehrere Vermietungen als ein gewerblicher Betrieb betrachtet werden. Die Verluste würden vom Jadezentrum und dem Parkhaus im Zentrum (PiZ) verursacht. Dieser Beschluss hat weder für den Haushalt GGS noch für den Kernhaushalt eine negative Auswirkung.

Als Datei wurde im RIS die Steuermeldung 2022 hinterlegt.

Herr Schön stellte den Antrag:

Die Abstimmung über die Beschlussvorlage 163/2023 auf die nächste Sitzung für eine Überprüfung der Vorlage nebst Ablagen zu vertagen.

Herr Burkhart widersprach dem Antrag, da die nächste Sitzung am 29.06.2023 nicht stattfinden würde.

Frau Mandt führte aus, dass am 14.06.2023 eine Sondersitzung stattfinden würde und über die Vorlage auch in dieser Sitzung abschließend abgestimmt werden könnte.

Herr Tönjes, Herr Fischer und **Herr Schön** beteiligen sich an der Diskussion über den Vertagungsantrag.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit **3 x Ja**-Stimmen und **5 x Nein**-Stimmen abgelehnt.

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag vor.

Dem Beschlussvorschlag wurde mit **6 x Ja**-Stimmen und **2 x Nein**-Stimmen **zugestimmt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die für das Jahr 2022 bestehende verdeckte Gewinnausschüttung aus dauerdefizitären Betrieben gewerblicher Art soll unter der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos des jeweiligen BgA geleistet werden.

4.1 Vermietung Emsstraße 20

Frau Burmeister informierte, über den Mieterwechsel von der Uni Oldenburg auf die Firma nextCore GmbH in der Emsstraße 20.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

4.2 Genehmigung für WTF OpenAir Konzerte TWWP Gelände

Herr Schön bat um Informationen über die Ablehnung von OpenAir Konzerte vom Veranstalter WTF.

Frau Burmeister teilte mit, dass keine offizielle Anfrage vorläge. Eine Ablehnung sei nicht bekannt.

Herr Schön bat um Überprüfung und Mitteilung an die WTF, dass dort bis zur Fertigstellung des TWWP-Gebäudes OpenAir Konzerte durchgeführt werden dürfen.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

4.3 Sachstand Realisierung TWWP

Herr Schön bat um Sachstandsmitteilung bezüglich der Umsetzung und Eröffnung des TWWP-Gebäudes.

Herr Marušić führte hierzu aus, dass die Umplanung beauftragt sei und eine Neubepanung stattfände. Zudem teilte er mit, dass eine Verwaltungsvereinbarung bezüglich Fördermittel auf Bundesebene erarbeitet werde. Die Fördermittel seien reserviert und würden vor Baubeginn ausgezahlt. Ein ausführlicher Zeitplan und die weitere Planung würden in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 11:05 Uhr

gez.

Marušić
Stadtbaurat

gez.

Mandt
Vorsitzende

gez.

Stang
Protokollführerin